

# Umstrittene Paten?



## Zehn Namensgeber im Porträt

Straßennamen dienen in erster Linie der Orientierung. Sie sind ein traditionell weit verbreitetes Navigationssystem. Erste Benennungen lassen sich in größeren Siedlungen bis auf das Mittelalter zurückführen. In Oldenburg waren um das Jahr 1600 ein gutes Dutzend Straßen benannt, gut 200 Jahre später war die Zahl nur geringfügig auf 25 gestiegen. Erst mit der Ausdehnung der Stadt nach der Niederlegung der Festungsanlagen wuchs das Straßennetz in nennenswertem Umfang. Die erste in Oldenburg nachweisbare Benennung einer Straße nach einer Person galt Herzog Peter Friedrich Ludwig (Peterstraße 1839).

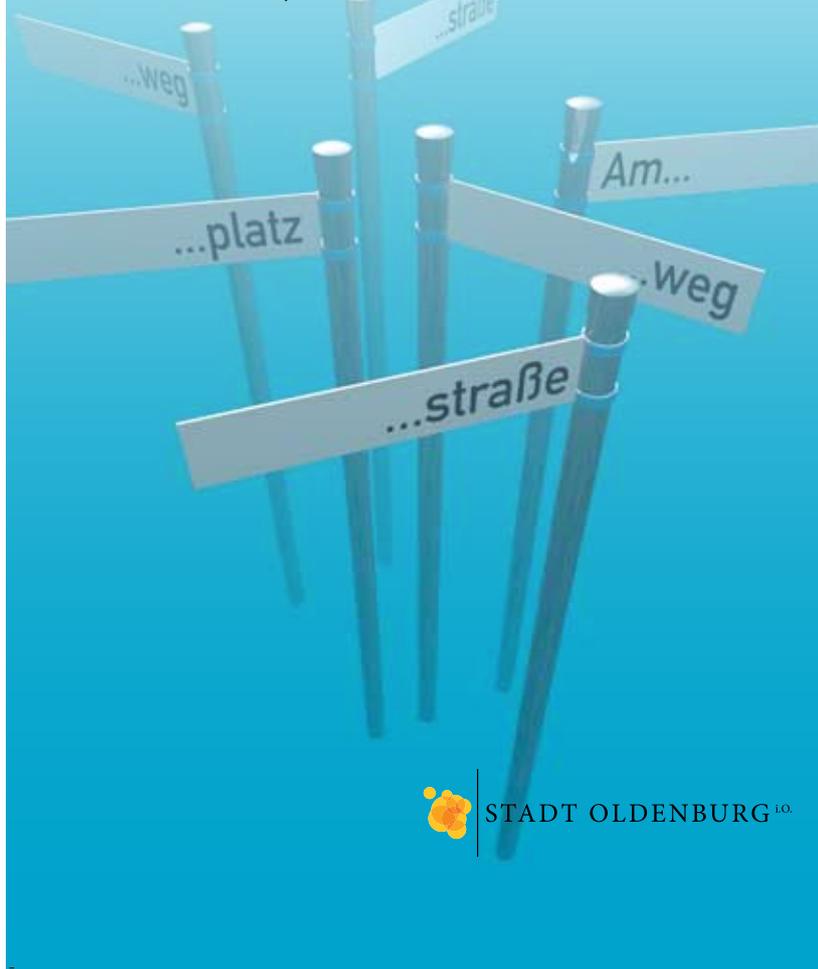
Vor allem nach der Reichsgründung 1871 etablierte sich die Vergabe von Straßennamen als besondere Ehrung einer zeitgenössisch als herausragend beurteilten Person. Seit dieser Zeit sind sie charakteristischer Ausdruck der Geschichtskultur einer Epoche. Im Zuge der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur führt die Benennung nach NS-belasteten Persönlichkeiten immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen in der Bevölkerung und den politischen Gremien, so auch in Oldenburg.

Vor allem angestoßen durch eine hitzige Debatte in Münster, die sich an der vorgeschlagenen Umbenennung des Hindenburgplatzes im Zentrum der Stadt entzündete, hat die Stadt Oldenburg 2013 beim Institut für Geschichte der Carl von Ossietzky Universität eine

Studie in Auftrag gegeben: Historische Persönlichkeiten, die in Oldenburg durch Straßennamen geehrt wurden, sollten mit Blick auf ihre mögliche Verstrickung mit dem nationalsozialistischen Regime untersucht werden. Nach der Vorlage der Studie hat sich eine vom Rat der Stadt eingesetzte Kommission auf eine Liste von zehn Personen geeinigt, die im Zentrum einer weiteren Debatte über den Umgang mit dem geschichtspolitischen Erbe der Straßennamen stehen sollen. Das Gremium stellte dabei klar, dass die kontrovers geführte Diskussion nicht zwangsläufig zur Umbenennung führen müsse. Vielmehr solle die Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Vergangenheit und speziell der Oldenburger Geschichte gefördert werden.

Dazu dient auch diese im Stadtmuseum Oldenburg erarbeitete Präsentation, in der die zehn ausgewählten Persönlichkeiten auf der Grundlage der Ergebnisse der vorgelegten Studie vorgestellt werden. Im Vordergrund der kurzen Porträts steht dabei die Betrachtung von biographischen Bezügen zur Zeit des Nationalsozialismus.

**Text:** Dr. Peter Rassek, Claas Neumann M.A.  
**Redaktion:** Dr. Andreas von Seggern, Dr. Peter Rassek  
**Bildauswahl:** Dr. Andreas von Seggern, Dr. Peter Rassek  
**Gestaltung:** Thomas Robbers



# Hindenburgstraße

**P**aul von Hindenburg (1847 – 1934) begann seine Militärkarriere im Jahre 1859. Von 1893 bis 1896 war er Kommandeur des Oldenburgischen Infanterieregiments Nr. 91. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 wurde er aus dem Ruhestand geholt und zum Oberbefehlshaber der 8. Armee ernannt. Nach der Schlacht bei Tannenberg 1914 wurde er zum Generaloberst befördert und mit dem Pour-le-Mérite-Orden ausgezeichnet. Im September 1914 erfolgte seine Berufung zum Oberbefehlshaber Ost und zum Generalfeldmarschall. Seit August 1916 war er Chef des Generalstabs des Heeres. Von diesem Posten trat er im Juni 1918 zurück und nahm einen Monat später Abschied vom Militär. Im Jahr 1925 erfolgte mit Unterstützung der politischen Rechten seine Wahl zum Reichspräsidenten.

1932 baten ihn SPD und katholische Zentrumsparterie, für die zweite Amtszeit gegen Hitler anzutreten. Er gewann die Wahl im zweiten Wahlgang. Kurze Zeit später entließ er den Reichskanzler Brüning (Zentrum), nominierte den republikfeindlichen von Papen als neuen Regierungschef und signalisierte der NSDAP sein Entgegenkommen: Er hob im Juni 1932 die zwei Monate zuvor unterschriebene Notverordnung über das Verbot von SA und SS wieder auf. So war es den Nationalsozialisten schließlich möglich, politische Gegner einzuschüchtern und die Massen für ihre Politik zu mobilisieren. Hindenburg versuchte nun, Hitler zu einer Beteiligung an einer national-konservativen Regierung zu bewegen. Am 30. Januar 1933 erfolgte die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler.

Wie neuere Forschungen belegen, sah Hindenburg damit die von ihm angestrebte »nationale Volksgemeinschaft« vollendet. Er übertrug die Befugnisse seines Amtes weitgehend auf die Regierung und begrüßte das Ergebnis der Reichstagswahlen am 5. März 1933 als Ende des Parlamentarismus. Mit der Unterzeichnung des Ermächtigungsgesetzes vom 24. März 1933 entmachtete Hindenburg formell den Reichstag. Er unternahm nichts, um die NSDAP daran zu hindern, politische Gegner auszuschalten und ihre Gewaltherrschaft zu errichten.

Die Straße in Oldenburg wurde ihm zu Ehren 1914 nach der siegreichen Schlacht bei Tannenberg benannt. Im Jahre 1917 folgte die Verleihung der Ehrenbürgerschaft, die bis heute besteht.



Besuch des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg in Oldenburg 1927. Empfang am Eingang des Fährtenbahnhofs. Bild: Stadtmuseum Oldenburg.



Der »Tag von Potsdam«: Die von NS-Propagandaminister Joseph Goebbels aufwändig inszenierte konstituierende Sitzung des Reichstags am 21. März 1933 sollte die Vereinigung national-konservativer, nationalsozialistischer und bürgerlicher Kräfte sichtbar machen. Abgeordnete von SPD und KPD nahmen, z. T. bereits politisch verfolgt, nicht teil. Reichspräsident von Hindenburg auf der rechten Bildseite, hinter ihm der neu gewählte Reichskanzler Adolf Hitler. Bild: Library of Congress, Washington.



Plakat zur Wahl des Reichspräsidenten 1932, bei der Hindenburg von den Sozialdemokraten und bürgerlichen Kräften unterstützt wurde. Bild: Library of Congress, Washington.

(Großporträt) Bild: Library of Congress, Washington.



# Schütte-Lanz-Str.

Der Oldenburger **Johann Heinrich Schütte** (1873 – 1940) gründete 1909 zusammen mit Karl Lanz das Unternehmen »Luftschiff- und Flugzeugbau Schütte-Lanz«. Zuvor hatte er Schiffbau und Maschinenbauwesen in Kiel und Berlin studiert und beim Norddeutschen Lloyd gearbeitet. Von 1904 bis 1922 war Schütte Professor für Schiffbau an der Technischen Hochschule in Danzig. Dort gründete er in den Jahren 1912-1914 zwei Forschungsinstitute.

Das Luftschiffbauunternehmen Schütte-Lanz spielte in den Jahren 1914-1918 eine führende Rolle für die deutsche Rüstungsindustrie. Schütte selbst war seit 1918 Mitglied im Beirat des Reichsluftamtes. Er war Vorsitzender der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt WGL (von 1919 bis 1935), sowie der Schiffbautechnischen Gesellschaft STG (von 1930 bis 1939).

Den Nationalsozialismus begrüßte Schütte als »nationale Erneuerung« und gab selbst an, der NSDAP seit 1931 nahe zu stehen. Er zeigte sich begeistert zeigte von der »Machtergreifung« 1933 und sorgte u.a. für die »Gleichschaltung« der WGL, die 1935 als Lilienthal-Gesellschaft für Luftfahrtforschung »neugegründet« wurde. Im Jahre 1933 sandte er als Vorsitzende der STG ein Telegramm an Hitler, in dem er »dem vom Vertrauen des ganzen Volkes getragenen Führer Deutschlands treue Gefolgschaft auf dem Wege zu neuer Größe des Vaterlandes« gelobte. Unter seinem Vorsitz wurde bei der STG seit 1934 der sogenannte »Ariernachweis« für neue Mitgliedschaften eingeführt. In seinen Reden zeigte sich Schütte besonders von der Wiederbewaffnung Deutschlands nach der Aufkündigung des Versailler Vertrages begeistert und begrüßte enthusiastisch den Angriff auf Polen 1939. Er wurde im »Dritten Reich« mit zahlreichen Ehrungen bedacht.

Im Jahre 1938 trug sich Schütte in das Goldene Buch der Stadt Oldenburg mit folgenden Worten ein: »Das Großdeutschland unseres Führers Adolf Hitler auch in der Luft voran«. Dieser Eintrag wurde 1948 »wegen deutlichen Bezugs zum Nazi-Regime« aus dem Goldenen Buch entfernt.



Schütte-Lanz Ehrenhalle im Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte Oldenburg, Wandgemälde von Adolf Niesmann, 1937. Bild: Stadtmuseum Oldenburg.



Johann Schütte bei der Eintragung in das Goldene Buch der Stadt Oldenburg, 1938. Bild: Stadtmuseum Oldenburg.



Luftschiff SL 1 der Schütte-Lanz-Werke in Mannheim, 1911. Bild: Süddeutsche Zeitung Photo.

(Großportrat) Bild: Stadtmuseum Oldenburg.



# Dr.-Sauerbruch-Str.

**E**rnst Ferdinand Sauerbruch (1875 – 1951) war einer der bedeutendsten deutschen Chirurgen. Er promovierte 1902 in Leipzig und wurde im selben Jahr Erster Assistenzarzt in der Chirurgie in Erfurt. Nach seiner Habilitation 1905 in Breslau wurde er 1908 Professor in Marburg, und schließlich 1910 Professor und Direktor der Chirurgie in Zürich. Im Jahre 1914 meldete er sich als Kriegsfreiwilliger und wurde beratender Chirurg beim 15. Armeekorps, bis er 1915 die Leitung eines Reservelazarets übernahm. Nach dem Krieg war Sauerbruch Professor in München und seit 1928 an der Charité in Berlin.

Sauerbruch stellte sich 1933 hinter die Nationalsozialisten. Er war Hauptredner bei der Präsentation des »Bekenntnisses der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und zum Nationalsozialismus« am 11. November 1933. Einen Tag später machte sich Sauerbruch im Rundfunk zum Sprecher der deutschen Wissenschaftler, die Hitlers Aufruf zum Referendum für einen Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund unterstützten. 1934 wurde er zum Staatsrat ernannt, 1938 folgte die Auszeichnung mit dem »Deutschen Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft«. Seit 1937 war Sauerbruch Mitglied im Reichsforschungsrat als Leiter der Medizinabteilung. In dieser Position war er für die Finanzierung von Forschungsprojekten verantwortlich. Dazu gehörten auch Menschenversuche an KZ- Häftlingen und Insassen der psychiatrischen Anstalten. Er protestierte 1940 gegen systematisch durchgeführte Euthanasiamorde, nicht aber gegen die bis 1945 dezentral organisierte Vernichtung geistig und körperlich behinderter Menschen. Im Jahre 1942 wurde Sauerbruch zum Generalsarzt ernannt und 1943 mit dem Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz ausgezeichnet. Seit 1943 war er beratender Arzt der Wehrmacht.

Sauerbruch hielt Kontakte zu jüdischen Ärzten und Künstlern aufrecht. Als Mitglied der sogenannten »Mittwochsgesellschaft« kam er auch mit den Widerstandskreisen in Berührung. Seiner inneren Distanz zum NS-Regime steht aber seine öffentliche Rolle gegenüber, die er im »Dritten Reich« ausübte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Sauerbruch 1945 Stadtrat für Gesundheitswesen in Berlin und war Mitbegründer der CDU. Er setzte sich gegen eine Aufarbeitung von Verbrechen deutscher Mediziner im Nationalsozialismus ein. Seine letzten Lebensjahre verbrachte er als Chirurg an einer Privatklinik in Berlin.



Ferdinand Sauerbruch vor dem Entnazifizierungsausschuss in Berlin, 28. April 1949.  
Bild: Süddeutsche Zeitung Photo.

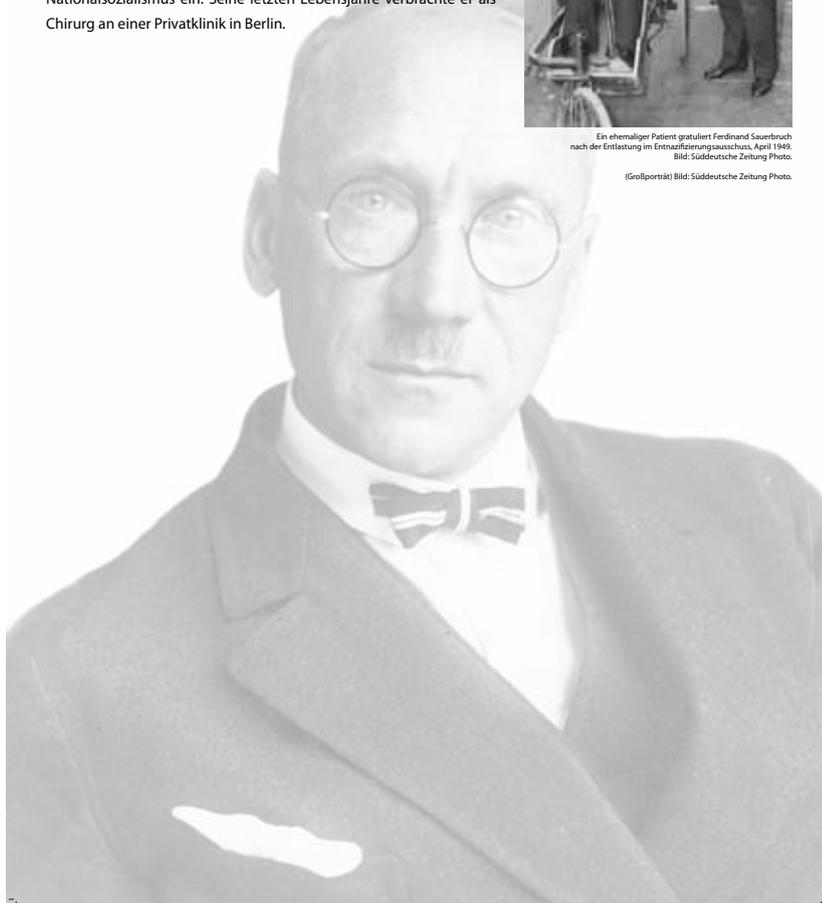


Ferdinand Sauerbruch (im zivilen Anzug vorne rechts), beim »Bekenntnis der Professoren ... zu Adolf Hitler und zum Nationalsozialismus«, 11. November 1933.  
Bild: Süddeutsche Zeitung Photo.



Ein ehemaliger Patient gratuliert Ferdinand Sauerbruch nach der Entlastung im Entnazifizierungsausschuss, April 1949.  
Bild: Süddeutsche Zeitung Photo.

(Großporträt) Bild: Süddeutsche Zeitung Photo.



# August-Hinrichs-Str.

Der Heimatschriftsteller **August Hinrichs** (1878 – 1956) zählt zu den Profiteuren der nationalsozialistischen Kulturpolitik. Der gelernte Tischlermeister widmete sich nach 1918 verstärkt der schriftstellerischen Tätigkeit. Seine ersten Bühnenstücke schrieb er für den Oldenburger Turnerbund. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Heimatvereins »Ollnborger Kríng«. Seine vor 1933 entstandenen Werke lassen seine national-konservative Grundhaltung und die Ablehnung der Weimarer Republik erkennen. Wie andere Heimatschriftsteller wurde auch er nach 1933 von den Nationalsozialisten hofiert.

Die Arbeit von Hinrichs wurde nicht gegen seinen Willen vereinbart. Der Schriftsteller hat sich bereitwillig in den Dienst der NS-Propaganda gestellt. Das traf nicht nur auf das 1934 in Bookholzberg aufgeführte Bühnenstück »De Stedinge« zu. Das gilt auch für das KdF-Propagandastück »Petermann fährt nach Madeira«, das anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Gauleiter Carl Röver geschriebene Schauspiel »Tilly vor Oldenburg«, das zur Stärkung der Kriegsmoral 1939 geschriebene »Steding Renke« sowie das 1944 veröffentlichte Durchhalte-Stück »Sware Tieden«. Darüber hinaus beteiligte er sich 1941 mit einem Gedicht an dem Band »Dem Führer. Worte deutscher Dichter«.

1935 wurde Hinrichs Landesleiter der Reichsschrifttumskammer (RSK) im Gau Weser-Ems. Zu seinen Aufgaben gehörten u.a. die regionale Koordination der Aktivitäten einzelner Verbände sowie die Überwachung von Einzelmitgliedern. Dabei soll Hinrichs auch einige verfolgte Schriftsteller-Kollegen sporadisch unterstützt haben. Er distanzierte sich jedoch nie grundsätzlich vom Nationalsozialismus. Im Jahre 1937 trat er in die NSDAP ein. Zwei Jahre später empfing er als Zeichen der Anerkennung aus Hitlers Händen die »Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft«. Mehrfach nahm er an Treffen des »Eutiner Dichterkreises« teil, der sich in seiner Ausrichtung eindeutig mit dem Nationalsozialismus identifizierte. Im Jahre 1943 wurde Hinrichs mit dem Gau-Kulturpreis ausgezeichnet und 1944 mit der Ehrenbürgerschaft der Stadt Oldenburg geehrt. Zu seiner Rolle während der nationalsozialistischen Herrschaft hat sich Hinrichs nach 1945 zu keiner Zeit kritisch geäußert. Sein Wirken in dieser Zeit stellte er als unpolitisch dar. Dank der Zeugnisse von Freunden wurde er im Entnazifizierungsverfahren als »entlastet« eingestuft. Im Jahre 1954 erhielt er das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse.



Ehrenbürgerbrief der Stadt Oldenburg für August Hinrichs, 18. April 1944. Bild: Stadtmuseum Oldenburg.



Aufführung des Hinrichs-Stückes »De Stedinge« auf der Freilichtbühne Bookholzberg, 1935. Bild: Stadtmuseum Oldenburg.

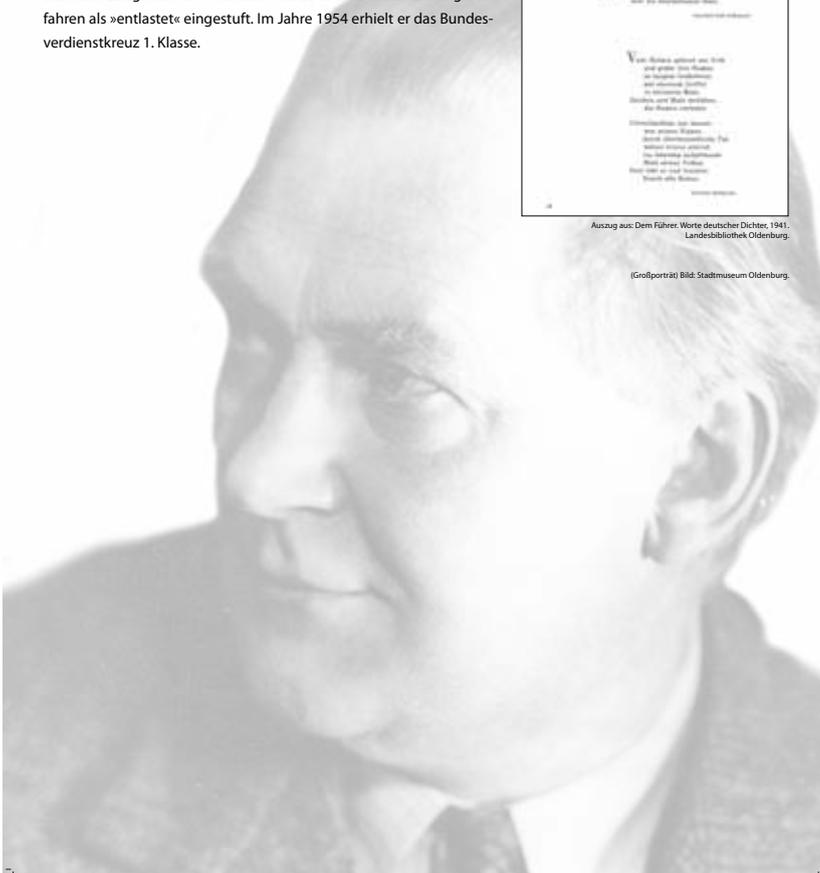


August Hinrichs (hellere Mantel) mit den Schriftstellern Hermann Barthe, Edwin Erich Dwinger und Eugen Roth bei einem Truppenbesuch am Armeekanal in der Nähe von Ostende, 1942. Links im Bild: Großadmiral Karl Dönitz, Oberbefehlshaber der Kriegsmarine. Bild: Süddeutsche Zeitung Photo.



Auszug aus: Dem Führer. Worte deutscher Dichter, 1941. Landesbibliothek Oldenburg.

(Großporträt) Bild: Stadtmuseum Oldenburg.



# Ludwig-Erhard-Str.

**L**udwig Erhard (1897 – 1977) studierte Betriebswirtschaftslehre in Nürnberg und promovierte 1925 an der Universität Frankfurt am Main. Seit 1928 war er am Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware (IfW) tätig und wurde 1933 zum Mitglied der Geschäftsführung ernannt. Ein Jahr später wurde er in den Vorstand der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) berufen. Obwohl Erhard nicht der NSDAP beitrug, äußerte er in der Institutszeitschrift Zustimmung gegenüber den neuen Machthabern.

Zwischen 1936 und 1938 war Erhard Mitglied mehrerer Ausschüsse der Reichsgruppe Industrie, der größten und wichtigsten Unterorganisation des Reichswirtschaftsministeriums. Das IfW übernahm unter Erhards' Führung verstärkt die Ausarbeitung kriegsrelevanter Studien »zur ökonomischen Einverleibung des neuen deutschen Ostraumes« und knüpfte Kontakte zu staatlichen Institutionen, z. B. zur Haupttreuhandstelle Ost (HTO). In einem 1943 für die HTO angefertigten Abschlussbericht heißt es: »Ein Problem eigener Art ist das zahlenmäßige Übergewicht des polnischen Volkselements. Welche Nachteile auch der Pole in seinen Charaktereigenschaften [...] haben mag, die Erfahrung [...] zeigt, daß er gut lenkbar ist, sobald er unter richtiger und verständiger Leitung steht. Hier zeigt sich die wichtigste Aufgabe in den neugewonnenen Gebieten. Das deutsche Element muss verstärkt werden und in seiner Haltung und Lebensführung, zumal in seiner Leistung, vorbildlich wirken.«

1942 gründete Erhard das Institut für Industrieforschung in Nürnberg, das u.a. Gutachten über die Effizienz der Rüstungsindustrie für das Reichswirtschaftsministerium erstellte. 1943 wurde er mit dem Kriegsverdienstkreuz II. Klasse ausgezeichnet. Er entwarf ebenfalls das Konzept des wirtschaftlichen Neuaufbaus für die deutsche Industrie nach dem Krieg. Neben der Sicherung von Kriegsgewinnen der deutschen Industrie ging es vor allem um die Schuldenkonsolidierung. Diese Studie wurde 1943 den führenden deutschen Industriellen vorgelegt und 1944 dem Reichswirtschaftsministerium überreicht.

Erhard war mit Carl Goerdeler befreundet, der als eine der zentralen Figuren des Widerstandes nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 hingerichtet wurde. Er selbst beteiligte sich nicht an der Verschwörung. Mit anderen Personen aus den Widerstandskreisen stand Erhard nicht im Kontakt.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Erhard Staatsminister für Handel und Gewerbe in der Bayerischen Staatsregierung. 1947 leitete er die Expertenkommission, die eine Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen vorbereitete. Dabei griff er einige Ideen aus der von ihm 1944 angefertigten Studie wieder auf. 1949 wurde er zum Bundesminister für Wirtschaft ernannt, und erlangte als »Vater« des »Wirtschaftswunders« einen fast mythischen Ruf. Nach dem Tod Konrad Adenauers wurde er 1963 zum Bundeskanzler gewählt. In seine Amtszeit fällt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel 1965. Er trat 1966 von diesem Amt zurück, blieb aber bis zu seinem Tode Mitglied des Bundestages. Erst 1966 trat er offiziell der CDU bei, um Bundesvorsitzender dieser Partei zu werden. Er wurde mit vielen nationalen und internationalen Ehrungen ausgezeichnet und ist Ehrenbürger der Stadt Ulm.



Bundeskanzler Ludwig Erhard mit dem amerikanischen Präsidenten Lyndon B. Johnson, Dezember 1963. Bild: privat.



Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard bei der Präsentation seines Buches »Wohlfahrt für alle«, 1957. Bild: Süddeutsche Zeitung Photo.



Bundeskanzler Konrad Adenauer und Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard im Gespräch, um 1957. Bild: privat.

(Großporträt) Bild: Süddeutsche Zeitung Photo.



# Hedwig-Heyl-Str.

**D**ie in Bremen geborene **Hedwig Heyl** (1850-1934) gehört zu den Pionieren der Frauenbewegung in Deutschland. Sie machte sich vor allem im Bereich der beruflichen Bildung für Frauen durch die Gründung von Haushaltschulen verdient. Heyl gründete 1905 den ersten internationalen Frauenklub und war seit 1910 die erste Vorsitzende des Frauenbundes der Deutschen Koloniesgesellschaft. In dieser Eigenschaft setzte sie sich dafür ein, die deutschen Kolonien rassistisch rein zu halten und Mischehen – in ihren Worten der »Verkäfferung« – zu verhindern. Die wichtigste Aufgabe des Frauenbundes sah Heyl darin, deutsche Frauen zu zukünftigen Ehefrauen für die Kolonisten auszubilden, besonders im hauswirtschaftlichen Bereich. Der Frauenbund sorgte für die Auswahl der Kandidatinnen und führte eine Brosche als Qualitätszeichen einer »sittenreinen« Frau ein.

Während des Ersten Weltkriegs engagierte sich Heyl für die Ernährungsfürsorge. Gleichzeitig protestierte sie an der Spitze des Kolonialen Frauenbundes gegen die Behandlung deutscher Siedler durch England und Frankreich. Sie prangerte ihre Vorgehensweise in einer Resolution als ein »Verbrechen an der gesamten weißen Rasse« an. Aus ihrer Sicht waren die deutschen Kolonisten der einzige Garant der Zivilisation und Kultur unter den »primitiven farbigen Völkern« in Afrika. Ihre Haltung hat sich in der Weimarer Republik nicht geändert. Sie protestierte gegen die »koloniale Schuldlüge« und propagierte das Bild deutscher Überlegenheit im Ausland.

Heyl begrüßte die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 und legte ihre Bewunderung für Hitler offen an den Tag. In einem Brief an Eugen Vinnai sprach sie von einem »herzbevegenden Sichnahefühlen mit dem Führer« und von einer »inneren Verwandtschaft mit seinem Wollen und Zielen«. Hitler selbst charakterisierte sie als einen »getreuen Eckehart des Volkes« und einen »edlen Mann«, der den »hoffnungslosen Stillstand« der Weimarer Republik überwinden werde. Hedwig Heyl starb am 23. Januar 1934 in Berlin.



Hedwig Heyl, um 1900.  
Bild: Library of Congress, Washington.



Gedenktafel für Hedwig Heyl in der Ulmenallee 30 in Berlin-Westend.  
Bild: privat.



Hedwig Heyl (3. Von rechts) mit Aktivistinnen der Frauenbewegung während des Internationalen Frauenkongresses in Berlin 1914.  
Bild: Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz (Bpk).

(Großporträt) Bild: Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz (Bpk).





# Hinrich-Wilhelm-Kopf-Str.

**H**inrich Wilhelm Kopf (1893-1961) trat 1919 in die SPD ein und war in den Jahren 1921-1923 Regierungsrat in den Innenministerien von Preußen und Thüringen. Nach freiberuflicher Tätigkeit wurde er 1928 zum Landrat in Hadeln ernannt. 1932 wurde er aus dem öffentlichen Dienst entlassen, aber bis 1934 als Regierungsangestellter nach Oppeln beordert.

1934 erfolgte auf Grundlage des nationalsozialistischen Berufsbeamtengesetzes die Versetzung Kopfs in den Ruhestand. Er wechselte in die freie Wirtschaft als Immobilien- und Vermögensverwalter. Seine Firma beteiligte sich an der sogenannten »Arisierung« der Wirtschaft und an Geschäften mit Immobilien aus dem jüdischen Besitz. Er profitierte dabei von den geschäftlichen Beziehungen mit dem nationalsozialistischen Staat. Andererseits kam er nach Zeugenaussagen den jüdischen Verkäufern entgegen. So soll er in der Pogromnacht 1938 mehrere jüdische Bürger in seinen Geschäftsräumen versteckt haben.

Nach dem Sieg über Polen im Jahre 1939 wurde Kopf im oberschlesischen Königshütte zum Generaltreuhänder der Haupttreuhandstelle Ost (HTO) ernannt. Er übte seine Tätigkeit als freier Mitarbeiter aus und erzielte hohe Provisionen. Zu seinen Aufgaben gehörte die Verwaltung des städtischen Grundbesitzes und des Vermögens geflohener polnischer Bürger. Darüber hinaus war er für die Erfassung und Zuweisung freistehenden Wohnraumes zuständig. In Anerkennung seiner Dienste wurde ihm 1940 die Leitung der Grundstücksgesellschaft der HTO in Königshütte anvertraut. In dieser Eigenschaft war Kopf an der Enteignung und Zwangsumsiedlung polnischer und jüdischer Bürger beteiligt. Seine Zusammenarbeit mit der HTO endete zwar 1942 im Streit. Er behielt aber bis 1944 seine Stellung als kommissarischer Verwalter des jüdischen Gemeindevermögens im Dorf Cieszowa.

Nach der Flucht vor der Roten Armee wurde er nach Kriegsende zum Ministerpräsidenten des Landes Hannover ernannt. Kopf hat nach 1945 seine Tätigkeit für die HTO verschwiegen. Dem Niedersächsischen Landtag gegenüber gab er an, im »Dritten Reich« als »selbstständiger Kaufmann und Landwirt« gearbeitet zu haben. Im Jahre 1947 wurde er zum ersten niedersächsischen Ministerpräsidenten gewählt. Dieses Amt übte er erneut in den Jahren 1959-1961 aus.

Er war ebenfalls Präsident des Bundesrates (1950-51) und besetzte bis 1959 verschiedene Ministerämter in Niedersachsen.

Ein im Jahre 1948 von der polnischen Regierung gestellter Auslieferungsantrag für Kopf wurde von der britischen Militärregierung zurückgewiesen. Seine Rolle bei der HTO wurde dabei nicht näher erörtert. 1953 wurde Kopf mit dem Großkreuz der Bundesrepublik Deutschland geehrt.



Allgemeine Beschlagnahmeverfügung auf jüdisches Vermögen im oberschlesischen Czeschowa mit Bestellung von Hinrich Wilhelm Kopf als kommissarischem Verwalter.  
Bild: Archivum Państwowe w Katowicach (APK) [Staatsarchiv Katowice] 12/124/2870, Bl. 8.

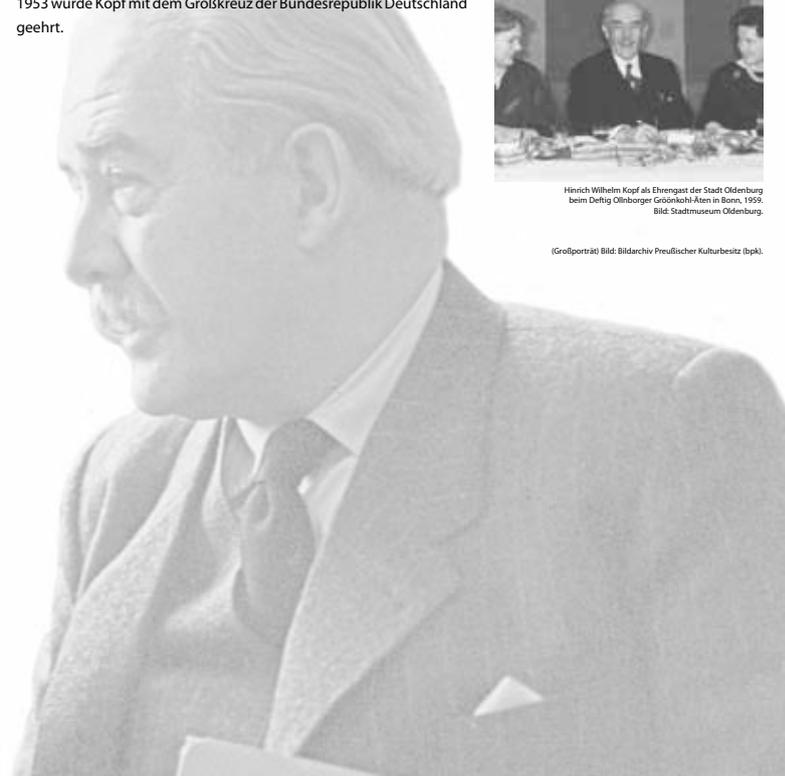


Von Hinrich Wilhelm Kopf unterzeichnete Beschlagnahmeverfügung eines jüdischen Kolonialwarengeschäfts in Oberschlesien, 28. Oktober 1942.  
Bild: Instytut Pamięci Narodowej (IPN) Warszawa, GK 164/117-1, Bl. 448



Hinrich Wilhelm Kopf als Ehrengast der Stadt Oldenburg beim Deftig Olinborger Grönkohl-Aßen in Borna, 1959.  
Bild: Stadtmuseum Oldenburg.

(Großporträt) Bild: Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz (bpk).



# Theodor-Pekol-Str.

**T**heodor Pekol (1888 – 1958) gründete 1918 sein Oldenburger Busunternehmen. 1932 wurde die Firma Pekol damit beauftragt, den städtischen Nahverkehr zu übernehmen. In den folgenden vier Jahren wurde das Routennetz erweitert. Pekol war auch der verkehrspolitische Sprecher der Stadt Oldenburg und trug dazu bei, dass in der Stadt ein elektrisches Oberleitungssystem eingeführt wurde. Ein Jahr später wurde die Oberleitung ganz der Firma Pekol überlassen und die Transportkonzession um weitere 10 Jahre verlängert.

Theodor Pekol war kein Mitglied der NSDAP, aber er gehörte zahlreichen NS-Organisationen an und pflegte gute Beziehungen zu nationalsozialistischen Amtsträgern. Seine Firma übernahm die Aufträge zum Transport von KZ-Häftlingen. Pekol-Busse wurden auch zur Räumung des Gertrudenheims im Kloster Blankenburg eingesetzt, in dem geistig behinderte Kinder untergebracht waren.

In den Jahren 1939-1945 wurden im Busunternehmen Zwangsarbeiter aus den besetzten Gebieten eingesetzt. Nach Zeugenaussagen kooperierte Pekol in dieser Zeit eng mit der Gestapo. Nach dem Kriegsende bezeichnete die britische Militärregierung Pekol als politisch unzuverlässig und stufte ihn als »a strong Nazi supporter« ein. Vom Entnazifizierungsausschuss der Stadt Oldenburg wurde Pekol dank zahlreicher Leumundszeugnisse entlastet. Im Jahre 1953 wurde ihm das Bundesverdienstkreuz I. Klasse verliehen.



Beilage der Nordwest-Zeitung zum 25jährigen Bestehen der Firma Pekol in Oldenburg, Januar 1938. Bild: Stadtmuseum Oldenburg.

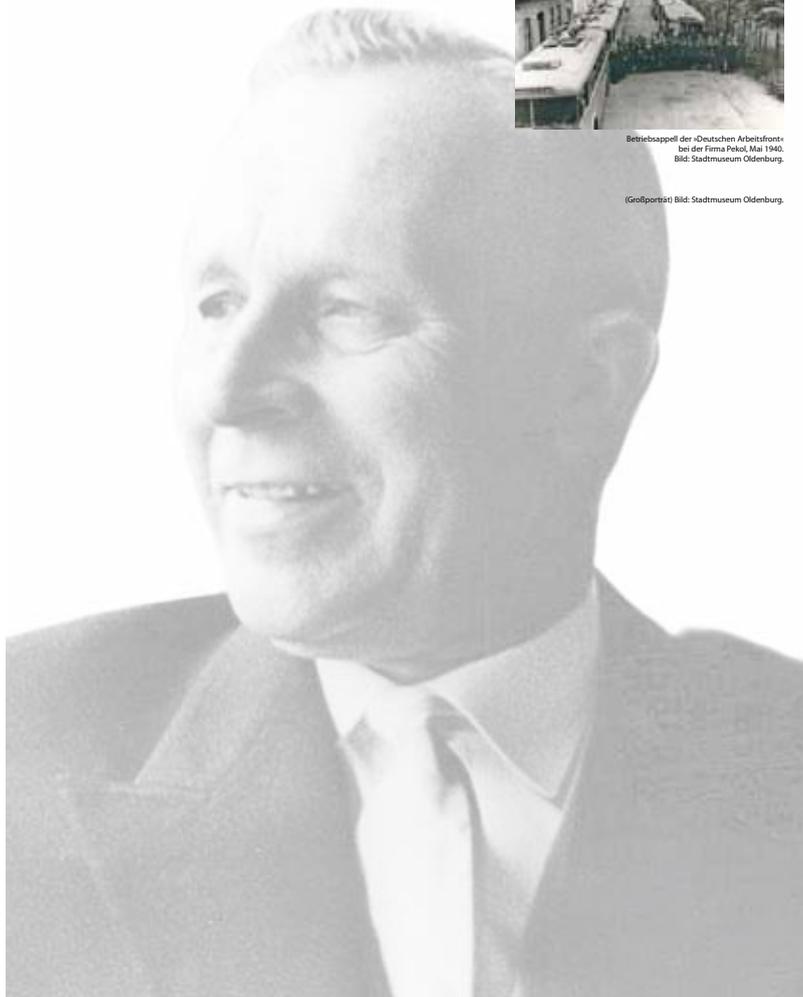


Zeitungsbericht zur Verleihung des Privilegs für die Mitarbeiter der Firma Pekol, zur Dienstuniform das Mützenabzeichen der »Deutschen Arbeitsfront« (DAF) tragen zu dürfen. Bild: Oldenburgische Staatszeitung vom 17. Juni 1940



Betriebsappell der »Deutschen Arbeitsfront« bei der Firma Pekol, Mai 1940. Bild: Stadtmuseum Oldenburg.

(Großportrat) Bild: Stadtmuseum Oldenburg.



# Felix-Wankel-Str.

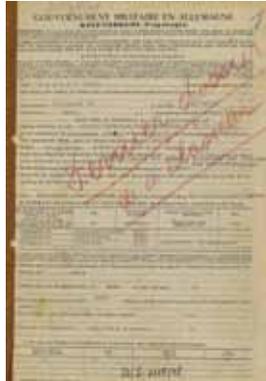
**F**elix Wankel (1902 – 1988), der Erfinder des gleichnamigen Motors, vertrat seit seiner Jugend eine radikale völkisch-nationale Gesinnung. In Heidelberg trat er zunächst 1921 dem anti-semitischen und antirepublikanischen »Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbund« (DSTB) bei, um im März 1922 bereits Mitglied der NSDAP (Mitgliedsnr. 136) zu werden. Nach Aufhebung des Verbotes der Partei trat Wankel im Oktober 1926 erneut in die Partei ein. Er engagierte sich besonders in der Jugendbewegung, mit besonderer militärtechnischer Ausrichtung. 1931 wurde er zum Gauleiter der Hitlerjugend in Baden ernannt.

1927 machte Wankel die Bekanntschaft des Unternehmers Wilhelm Keppler, der im Auftrag Hitlers Kontakte zu deutschen Industriellen knüpfte und zum wichtigsten Förderer Wankels wurde. 1932 wurde der Erfinder wegen eines Konfliktes mit dem badischen Gauleiter Robert Wagner inhaftiert und aus der NSDAP ausgeschlossen. Keppler setzte sich bei Hitler persönlich für Wankel ein und erwirkte dessen Haftentlassung. Wankel nahm danach eine feste Position im Rüstungssystem des »Dritten Reiches« ein. Seine Forschung wurde mit hohen Summen von BMW, vom Reichsluftfahrtministerium und von der SS finanziert. In seinem Werk wurde u.a. an den sogenannten »Wunderwaffen« (V1-Raketen) gearbeitet.

Nach vergeblichen Versuchen um die Wiederaufnahme in die NSDAP wurde Wankel – wiederum dank Keppler und dessen persönlicher Beziehung zu Heinrich Himmler – 1940 in die SS aufgenommen. Nach Zeugenaussagen hat Wankel in dieser Zeit einige Personen bei der Gestapo denunziert.

Der Ausschluss aus der SS erfolgte schon zwei Jahre später, vermutlich aufgrund erneuter Querelen mit Gauleiter Wagner. Auf seine Position hatte dies keine negative Wirkung. Seine Forschung wurde bis 1945 von der SS weiterhin unterstützt.

Nach Kriegsende wurde Wankel inhaftiert und anschließend vorübergehend mit Forschungsverbot belegt. Im Jahre 1951 gründete er die Technische Entwicklungsstelle in Lindau am Bodensee. 1960 erfolgte die erste offizielle Präsentation des nach ihm benannten Verbrennungsmotors. Wankel erhielt zahlreiche deutsche und internationale Auszeichnungen und Ehrungen.



Erstes Blatt der Entnazifizierungsakte von Felix Wankel.  
Bild: Staatsarchiv Sigmaringen Wu 13 T 2 Nr. 2466/028.



Aus der Entnazifizierungsakte von Felix Wankel.  
Bild: Staatsarchiv Sigmaringen Wu 13 T 2 Nr. 2466/028-2.



Felix Wankel (rechts) bei der Vorstellung des neuen NSU Wankel Spider, 1964.  
Bild: Süddeutsche Zeitung Photo.



Felix Wankel, um 1960.  
Bild: privat.

(Großporträt) Bild: Süddeutsche Zeitung Photo.





# Richard-Strauss-Str.

**R**ichard Strauss (1864-1949) zählt zu den berühmtesten deutschen Komponisten des 20. Jahrhunderts. Bis heute ist seine Popularität nahezu ungebrochen. Nach den Stationen als Musikdirektor in Meiningen und Kapellmeister in München und Weimar, wurde er 1894 Dirigent bei den Bayreuther Festspielen. 1896 fand in Frankfurt am Main die Uraufführung seiner Oper »Also sprach Zarathustra« statt. Von 1901-1909 war er Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Musikvereins, und von 1908 bis 1918 Generalmusikdirektor der Berliner Hofoper. Es folgte zwischen 1919 und 1924 ein Engagement als Direktor der Wiener Staatsoper. Bereits 1909 wurde er in die Berliner Akademie der Künste aufgenommen.

In der Zeit des Nationalsozialismus genoss Richard Strauss eine hohe Wertschätzung. Er wurde zum meist gespielten Komponisten zwischen 1933 und 1945. Von 1933 bis 1935 übernahm er die Präsidentschaft der Reichsmusikkammer und beteiligte sich 1938 aktiv an den Reichsmusiktagen. Im Jahre 1943 verfasste er ein Dankeslied für Hans Frank, den damaligen Statthalter im besetzten Polen. Mehrfach lobte der Komponist zudem öffentlich die Entwicklung Deutschlands seit der »Machtübernahme«. So etwa im Rahmen einer Rede zum »Ersten Deutschen Komponistentag« im Februar 1934, als er Goebbels und Hitler folgende Worte widmete: »Mit dem nochmaligen Dank an den [...] Dr. Goebbels, unsern lieben Minister, verbinde ich die herzlichsten und aufrichtigsten Wünsche für den Führer des deutschen Volkes, den Schirmherrn der Künste, den Volkskanzler Adolf Hitler, damit er das große von ihm begonnene Werk vollende.«

Die Nationalsozialisten honorierten seine offene Parteinarbeit mehrfach. 1934 wurde Strauss mit dem »Adlerschild des Deutschen Reiches« ausgezeichnet. Er dirigierte 1936 die Hymne der Olympischen Spiele in Berlin. Ihm zu Ehren wurde ein »Nationaler Komponisten Preis« ausgelobt. Darüber hinaus unterstützte ihn die Reichsmusikkammer 1942 und 1944 mit einem Geldpreis.

Die Forschung urteilt über die Rolle von Richard Strauss im Nationalsozialismus, er habe sich als »Aushängeschild« instrumentalisieren und von der Propaganda vereinnahmen lassen. An diesem Urteil ändern auch seine Kontakte zu jüdischen Künstlern und die jüdische Herkunft seiner Schwiegertochter nur wenig.



Plakat zur Richard-Strauss-Woche in München 1910.  
Bild: Library of Congress, Washington.



Richard Strauss als Präsident der Reichsmusikkammer im Gespräch mit Reichpropagandaminister Joseph Goebbels am Rande der Reichstheaterwoche in Dresden, 1935.  
Bild: Süddeutsche Zeitung Photo.



Richard Strauss und der britische Dirigent Sir Thomas Beecham während einer Probe im Königlichen Theater London, 1947.  
Bild: Süddeutsche Zeitung Photo.



Eröffnung des ersten deutschen Komponistentages in Berlin, 1934. Richard Strauss (mit Fliege) beim Interview vor dem LFA-Mikrofon.  
Bild: Süddeutsche Zeitung Photo.

(Großporträt) Bild: Library of Congress, Washington.

